

# Dresdner Volkszeitung

Postkasson: Dresden  
Nr. 1208, Aden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstellen: 660000 Staatshaus,  
Dresden, Markt 2, Arbeiter, Ange-  
hörigen u. Beamten, W. u. Dresden,  
Görlitzer Straße, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich der Art, ist es durch oder ohne Zutun anderer Personen, bei der Besichtigung der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementpreis mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Lied und Kunst“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Zeit und Sonntag“ monatlich 2,40 M. einjährig 24 M. (Einschl. 45 Pf. Frangiergebühren.) (Einschl. 45 Pf. Frangiergebühren.) Postbezug nur für den Postweg 1,95 M. zusätzlich Post- und Zustellungsgebühren.

Druckerei: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 961. Druck-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 961 u. 12 707.  
Verlagzeitung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags  
Telegraphen-Nachrichten: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Normzeile 20 Pf. 24  
90 mm breite Normzeile 2 M. für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M.  
abgesehen von den sonstigen Tarif-, Familienangelegenheiten, Stellen- u.  
Witwenzeilen 20 Pf. netto. Für Briefeinstieg 10 Pf. Einschluss 10 Pf.

Nr. 291

Dresden, Dienstag, den 13. Dezember 1932

43. Jahrgang

## Wir fordern schleunige Winterhilfe

### Der sozialdemokratische Vorstoß - Die Reichstagsausschüsse stimmen zu

#### Die Regierung zögert

D. Berlin, 12. Dezember. (Fig. Bericht.)

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde am Montag durch die Initiative der sozialdemokratischen Fraktion sowohl für die Winterhilfe als auch im Hinblick auf die Papen-Rotverordnungen beschlossene Fortschritte erzielt.

Abgeordneter Aufhäuser (Soz.) berichtete über den Beschluss des sozialpolitischen Ausschusses zur Winterhilfe, der auf der Grundlage der sozialdemokratischen Forderungen einstimmig angenommen worden war. Die Reichsregierung wird danach aufgefordert.

Für alle Arten von Empfängern öffentlicher Unterhaltungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe zu schaffen, deren Durchführung den Gemeinden übertragen wird. Diese Hilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit Naturalien und Kleidungsstücken, wobei eine Verminderung der Belieferung nicht eintreten darf.

Die Mittel hierfür stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung. Verlangt hatten die Sozialdemokraten im sozialpolitischen Ausschuss, daß bestimmte Quantitäten von Brot, Fleisch und Kohle für die Erwerbslosen bereitgestellt werden. Diese Forderung war vom sozialpolitischen Ausschuss fallengelassen worden. Im Haushaltsausschuss traten nun die Nationalsozialisten für die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Forderung ein. Sie nahmen also eine andere Stellung ein als im sozialpolitischen Ausschuss.

In der Finanzierungsfrage wurden keine Beschlüsse gefasst. Die Lösung bleibt der Regierung überlassen. Abg. Berg (Soz.) hatte gegenüber dem vom Reichsfinanzminister herbeigeholten Finanzierungsamt Schwierigkeiten festgestellt.

Daß der sozialdemokratische Antrag für Brot 70 Millionen Mark, für Kohlen 70 bis 80 Millionen Mark und für Fleisch 40 Millionen Mark beantragte.

Die Deckungsvorschläge reichten für jene Ausgaben aus. Die Regierung habe erst kürzlich wieder 100 Millionen Mark für Rognon zur Verfügung gestellt, sie solle entsprechend der Forderung des Staatssekretärs im Plenum endlich einmal einen, wieviel Millionen Mark sie zur Verfügung stellen wolle. Die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge: Aufhebung des Kreditverweigerungsgebots, Wiederherstellung der Ausgleichsabgaben für Mineralgase usw. bräuchten ungefähr 170 Millionen Mark.

Die Regierung wollte nur eine „Verbilligungsaktion“ durchführen, aber keine unentgeltliche Lieferung. Sie wird nun gezwungen sein, ihren bisherigen Standpunkt zu korrigieren. Jedenfalls liegt nun eine einmütige Willenserklärung des Ausschusses vor, die Winterhilfe in der Form durchzuführen, wie sie die Sozialdemokraten im sozialpolitischen Ausschuss skizziert haben.

#### Was der Reichstag veräumte

D. Berlin, 13. Dezember. (Fig. Funkpruch.)

Die Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages zur Winterhilfe sind ein Beweis dafür, wie falsch die Vertagung des Reichstages war, die die Bürgerlichen und die Nationalsozialisten beschlossen. Denn dieselben Beschlüsse, die im Ausschuss gefasst wurden, hätten im Plenum mit Mehrheit sofort beschlossen werden können. Dadurch hätte rechtzeitig die Winterhilfe, und zwar sicherlich in besserer Form, gesichert werden können, als sie die Regierung nun ausführen dürfte.

#### Fort mit der Lohnkürzungsverordnung!

Der zweite Punkt der Beratungen des Haushaltsausschusses betraf die Verordnung vom 15. September. Im Reichstagsplenum war nur die sozialpolitische Planvollmacht zum Umbau der gesamten Sozialpolitik aufgehoben worden, aber noch nicht die Ausführungsvorordnung vom 5. September, die heißt die Lohnpolitische Verordnung.

Die Sozialdemokraten verlangten einen Beschluss auf Aufhebung dieser Verordnung.

Reichsarbeitsminister Dr. Srup erklärte, die Regierung sei bereit, die Lohnverordnung vom 5. September aufzuheben. Die technische Durchführung erfordere aber noch eine Sonderberatung. Noch am Montag abend wurde in einem Unter Ausschuss über die notwendigen Übergangsbestimmungen, vor allem über die Übergangskriterien, beraten. Über das Ergebnis dieser Beratungen erklärte Aufhäuser (Soz.) am Dienstag im Haushaltsausschuss Bericht.

Heute wird sich der Haushaltsausschuss auch mit der Aufhebung der Rotverordnung vom 14. Juni beschäftigen, die die Unterhaltungsgebühren kürzte.

#### Der Primadonnenrich

##### Führerkonflikte in der Führerpartei

Nicht einmal der Stennes-Meuterei wurde in der deutschen Presse so viel Aufmerksamkeit gewidmet, wie dieser Tage der Auflehnung Gregor Strahers gegen Hitler. Die Bewertung des Vorganges fällt sehr verschieden aus. Die einen sehen in dem Konflikt den Beginn einer neuen Abspaltung, andere würdigen ihn lediglich als zunehmende Zerlegung innerhalb der NSDAP. Welche Bedeutung jedoch der Straher-Konflikt gewinnt, das können erst die nächsten Monate erweisen. Denn es handelt sich hier nicht um programmativischen Streit, sondern vor allem um Führerprivatitäten.

Strahers Bedeutung in der NSDAP bestand nicht in der ihm vielfach zugeschriebenen Rolle als linken Flügelmann, der im Firmenschild seiner Partei mehr das Sozialistische als das Nationale betont wissen wollte. Im Gegenteil, Strahers politisches Charakterbild schwankt sehr. Er hat mit seinem Bruder Otto Straher einst die radikale, sozialistischere Spielart des Nationalsozialismus vertreten, aber seine Proletkiererei mit dem „Sozialismus“ kam doch nie über rüchardts geräuselte, kleinbürgerlich-revolutionäre Utopie hinaus. Zwar prägte er einmal das Wort von der „antikapitalistischen Sehnsucht“ der Massen, jedoch ist es ihm nie eingefallen, einmal deutlicher zu sagen, welche Konsequenzen die Nazi-Partei daraus ziehen müßte. Ueber sozialistische Agitationsphrasen ist Gregor Straher ebenso wenig hinausgekommen wie das übrige Führertum des Saatenkreuzes. Bei dem Straher-Konflikt handelt es sich um Nemterkampf, Führerprivatitäten, politischen Klüppelhandel. Das Wichtigste zeichnet sich auf dem Hintergrund dieses Spiels: Hitlers sinkende Führerautorität und taktische Streitfragen einer zu rasch emporgeschossenen Demagogiepartei. Und diese beiden Momente sind das Bedeutsame in dem Streitfall.

#### Der maltratierte Führergedanke

Der absolute Führergedanke unterschied von vornherein die NSDAP von anderen Parteien: Der oberste Führer hat unbedingte Vollmachten, entscheidet über Weg und Ziel der Partei, über Befehle der Nemter, nimmt allen seinen Untergebenen das Kreuzgebildnis und die Raiffe ab. Namentlich das Letztere. Demokratische Führerwahl wurde rundweg abgelehnt. „Einheitslich und kraftvoll“ muß die Führung sein. Aber keine Partei und keine Bewegung kennt so viel Führerkrisen, wie sie die Gardien des Saatenkreuzes erlebten. Wir übergehen hier die Führerkonflikte in den kleineren völkischen Gruppen von ebendem, den Streit der Fulle, Kunze, Dinter, Reventlow usw. In der nationalsozialistischen Bewegung ging der Führerkonflikt los mit dem Streit zwischen Ludendorff und Hitler. Er endete mit dem Abgang Ludendorffs von der Bewegung und seinem Bannfluch über Hitler, den er für einen Scharlatan, einen

## Herriot vor dem Sturz?

### Kriegsschuldenszahlung bedeutet Finanzkatastrophe - Herriot will zahlen - Kammer will ablehnen

P. Paris, 12. Dezember. (Fig. Draht.)

Die französische Kammer hat sich am Montag noch nicht über die Schuldenszahlung an Amerika ausgesprochen, sondern nach einer fast dreistündigen Rede Herriots, in der der Beschluß der Regierung, die am 15. Dezember fällige Rate an Amerika mit Vorbehalten zu zahlen, begründet wurde, die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag nachmittags beschlossen.

Herriot erklärte: Die Zahlung ohne Bedingungen oder Vorbehalte lehnt die Regierung ab, weil sie nicht darauf verzichten will, die Interessen Frankreichs zu verteidigen. Die Zahlungsvorweigerung kommt auch nicht in Frage, denn es handelt sich bei den amerikanischen Schulden nicht nur um Zahlungsvorweigerungen von Schatzamt zu Schatzamt, sondern die Schulden sind in kleinen Raten zu je 100 Dollar unter 61 Millionen Amerikaner verteilt. Die Interessen der kleinen Leute in Amerika würden also durch die Zahlungsvorweigerung stark geschädigt. Schließlich wurde durch Zahlungsvorweigerung die Politik gegenseitiger Verträge aufs schärfste kompromittiert. Aus allen diesen Überlegungen heraus sei die Regierung zu dem Schluß gekommen, daß Frankreich die am 15. Dezember fälligen Summen mit Vorbehalten zahlen müsse.

#### Die politischen Vorbehalte

Die Regierung wird heute vormittag in einem Ministerrat die genaue Formel der französischen Vorbehalte festlegen. Herriot hat ausgeführt, daß die Vorbehalte nur politischen Charakter haben dürfen, da Amerika alle vertraglichen Vorbehalte ablehnt. Nach dem Wort Herriots sei etwa folgendermaßen formuliert worden:

Wir begreifen auch die Rate, denn wir wollen unseren Verpflichtungen nachkommen und auch zeigen, daß wir eine Unterschrift abgeben. Aber wir machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß dieses die letzte Zahlung ist, so

lange ihr nicht in eine Revision aller Schuldenabkommen eingewilligt habt.

#### Die Sozialisten lehnen Zahlung ab

P. Paris, 13. Dezember. (Fig. Funkpr.) Die sozialistische Fraktion hat unter Vorsitz von Vincent-Auriol einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß nach Ablehnung der englischen Vorbehalte durch Amerika die Regierung aufgefordert wird, zu erklären, daß der Young-Plan, das Hoover-Memorandum und die späteren Abkommen sowie die fällige Intervention Amerikas in den Beziehungen der europäischen Gläubiger und Schuldner die Bedingungen abgeändert haben, unter denen das Schuldenabkommen abgeschlossen und ratifiziert wurde. Unter diesen Bedingungen fordern die Fraktion die Regierung auf, im Einvernehmen mit England die sofortige Einberufung einer allgemeinen Konferenz zu beantragen, die allen internationalen Verbindlichkeiten ohne Gegenleistung in Waren oder Arbeit ein Ende macht und die am 15. Dezember fällige Zahlung nicht zu leisten.

#### Keine Mehrheit für Herriot

In den Wandelgängen der Kammer wurde nach Schluß der Sitzung allgemein erklärt, daß die Kammermehrheit die Zahlung an Amerika verweigern werde. Es sei möglich, daß die Regierung am Dienstag gestützt werden wird, da sie von über 300 Stimmen höchstens 200 erhalten werde. Die Sozialisten sind, obgleich noch kein letzter Beschluß vorliegt, eingeschlossen, der Regierung das Vertrauen zu verweigern. Nach der Haltung der Rechten und der Mitte bei den entscheidenden Stellen der Rede ist auch dort mit einer beschlossenen Ablehnung des Regierungsstandpunktes zu rechnen.

## Arbeitsbeschaffung?

### Vorrecht nur Richtlinien versprochen

D. Berlin, 13. Dezember. (Fig. Funkpr.) Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gercke, empfing am Montag Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Aussprache über das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde dabei mit Nachdruck die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung zu normalem Lohn unterstrichen.

Der Reichskommissar Dr. Gercke will einseitige Richtlinien für eine umfassende Arbeitsbeschaffung herausgeben und im Zusammenhang mit den übrigen Reichsstellen für rasche Durchführung sorgen.